



links

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
108 • CH März 2010 AZB 3001 Bern

DEBATTE: SCHLUSS MIT «UFZGI»?

Sie gehören zur Schule wie das «Turnseckli»: Die Hausaufgaben. Zu Unrecht, findet Linda Bär (SP Zürich 11) und will sie abschaffen, Pawel Silbering (SP Zürich 2) hält dagegen.

Seiten 2 und 3

© SP Schweiz



Startschuss für Cleantech

Letzte Woche hat sie endlich begonnen, die Unterschriftensammlung für die SP-Volksinitiative. Schon bald sollen so 100000 neue Jobs entstehen – dank erneuerbaren Energien.

Seiten 5 bis 7

GESPRÄCH



Ruedi Rechsteiner tritt zurück. Mit «links» hat er über seine Zeit in Bern und das Nachher gesprochen.

Seiten 6 und 7

SP-SCHWERPUNKT



Die Rentenklauser haben kräftig auf die Finger bekommen. SP-Präsident Christian Levrat zieht Bilanz.

Seite 13

AKTIV



Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk kämpft gegen die Ausbeutung bei der Fussball-Weltmeisterschaft.

Seite 18

Nie mehr «Ufzgi»?

PRO

Keine sozialdemokratische Erfindung

In Sachen Schule sind wir alle ExpertInnen. Wir gingen selbst in die Schule, haben oder kennen Kinder, die zur Schule gehen, und haben Lehrpersonen im Freundeskreis. Das Thema Bildung ist ein heisses Eisen. Die Schule steht in einem enormen Spannungsfeld zwischen Behörden, Öffentlichkeit und Eltern. Der Erwartungsdruck auf Schulen und Lehrpersonen ist riesig. Die vielen Reformen der letzten Jahre haben müde gemacht. Nichtsdestotrotz dürfen wir SozialdemokratInnen nicht vergessen, dass wir eine andere Schule wollen.

Unsere Vision ist eine Ganztageschule, die den Unterricht, das selbständige Lernen und die Betreuung vereint. Die Schule wird so zum Lebensraum. In dieser Schule wird viel später selektioniert als heute. Lehrpersonen arbeiten mit SozialpädagogInnen und anderen Fachpersonen zusammen. Eine Schulklasse wird von mehr als einer Lehrkraft betreut. Die Kinder werden ganzheitlich und individuell gefördert. In dieser Schule gibt es keine Hausaufgaben.

Denn Hausaufgaben verstärken Ungleichheiten und widersprechen damit unserer Vorstellung von einer gerechten Schule. Unser heutiges Bildungssystem orientiert sich nicht an den Fähigkeiten der Kinder, sondern macht vieles von derer familiären Herkunft abhängig. Sozioökonomischer Status, Geschlecht und Migrationshintergrund entscheiden massgeblich über den Schulerfolg eines Kindes.

Wir wollen Chancengleichheit. Das heisst, niemand wird für etwas abgestraft oder benachteiligt, wofür er oder sie nichts kann. Seine Eltern kann man sich nun mal nicht aussuchen. Entweder man wird in eine wohlhabende Familie mit intelligenten und hilfsbereiten Eltern geboren. Oder man hat Eltern, die ihre Kinder nicht unterstützen können. Diese ungleichen Voraussetzungen sollte das Bildungssystem ausgleichen, tut es aber nicht. Im Gegenteil, gewisse Einrichtungen verstärken das Gewicht des familiären Hintergrundes für den Schulerfolg sogar. Unter anderem die

Hausaufgaben. Durch sie wird ein Bildungsauftrag an die Eltern delegiert. Deshalb müssen die Hausaufgaben in ihrer heutigen Form abgeschafft werden. Es ist eine Massnahme, die uns näher zu unserer visionären Schule der Zukunft bringt. Ein Schritt auf dem Weg zum Ziel.

Es überrascht mich, wie jetzt von vielen Seiten an den Hausaufgaben festgehalten wird, als wäre es DIE sozialdemokratische Erfindung. Als ob Eltern nichts lieber mit ihren Kindern machen, als Hausaufgaben zu lösen. Hier stellt sich die Frage: Verbirgt sich hinter dem Widerstand gegen die Abschaffung der Hausaufgaben die Angst, dass Kinder gut gestellter Familien ihren Vorteil gegenüber bildungsfernen Kindern einbüßen könnten?

Aus sozialdemokratischer Sicht ist es zentral, dass die Schule nicht schleichend einen Teil ih-



Durch die Hausaufgaben wird ein Bildungsauftrag an die Eltern delegiert.

res Bildungsauftrags an die Eltern delegiert. Die Befürchtung, dass damit Eltern den Kontakt zur Schule verlieren, ist unbegründet. Die bisherigen Erfahrungen mit Schulen ohne Hausaufgaben zeigen, dass sich das Verhältnis zwischen Schule und Elternhaus entkrampft. Damit wird der Grundstein für eine visionäre Schule gelegt.

Linda Bär, SP Zürich 11



© Ex-Press

Was bei vielen Schülerinnen und Schülern zweifelsohne für Begeisterung sorgen dürfte, kommt längst nicht bei allen Genossinnen und Genossen gut an: Die Stadtzürcher SP hat eine Petition lanciert, um die Hausaufgaben abzuschaffen. Stattdessen soll es künftig von einer Lehrperson betreute Aufgabenstunden geben. Dies sei ein Beitrag zur Chancengleichheit, sagen die Initiantinnen und Initianten. Gegnerinnen und Gegner hingegen kritisieren, die Petition torpediere die Individualisierung des Unterrichts.

CONTRA

Das Thema heisst «Freiheit»

Die Petition «Aufgabenstunden statt Hausaufgaben» ist zwar unklar formuliert, aus Äusserungen der Initiantinnen und Initianten darf man aber schliessen, dass sie obligatorische Aufgabenstunden meinen, die alle Schülerinnen und Schüler zu besuchen haben. Diese würden von bildungsnahen Eltern abgelehnt, weil sie da eines Privilegs im Kampf um die begehrten guten Ausbildungsplätze verlustig gingen, heisst es.

Familien brauchen Freiheit wie die Luft zum Atmen. Familien müssen viel Zeit einsetzen, um Arbeit, Schule, Kinder- und Erwachsenenaktivitäten (wie beispielsweise das Engagement bei der SP) unter einen Hut zu bringen. Das Letzte, was sie brauchen, sind rund fünf obligatorische fremdbestimmte Stunden pro Woche zusätzlich.

Eltern lieben Angebote, auch solche, die sie selbst nicht nutzen. Eltern sind oft solidarisch, wenn es darum geht, Kinder zu fördern, die dies nötig haben. So kriegt man problemlos die Zustimmung zu einem Ausbau und einer qualitativen Verbesserung des Angebots von Aufgabenstunden. Aber Eltern reagieren gemeinhin äusserst allergisch auf weitere Zwangsregeln, ungefähr so allergisch, wie JUSOs auf neue Zwänge für Jugendliche reagieren.

Ganz falsch ist auch die Vorstellung, die Abschaffung der Hausaufgaben zugunsten von obligatorischen Aufgabenstunden würde der Chancengleichheit nützen. Wenn alle gleichzeitig das Gleiche tun müssen, ist dies nur eine Bevorzugung derjenigen, die ihr Ding so am besten durchziehen können. Die Initiantinnen und Initianten haben offenbar vergessen, wie es in einer Schulklasse zu und her geht. Wissen sie nicht mehr, dass Kinder auch alternative Lernumgebungen brauchen, weil eine Schulklasse eine eigene Dynamik hat, die nicht für alle gleich förderlich ist? Wissen sie nicht, dass auch ohne Mobbing in jeder Klasse Kinder sitzen, die nicht so gut integriert sind? Haben sie die Alphiere in ihrer Klasse vergessen?

Wie viele Kinder profitieren davon, sich auch zurückziehen zu können, um so ihre Lernchancen wahrzunehmen, ganz unabhängig von den Eltern? Die Petition widerspricht der Forderung nach Individualisierung des Unterrichts, wie sie auch von sozialdemokratischer Seite verlangt wird.

Unser Einstehen für Gleichstellung der Geschlechter bedeutet für Familien, dass heute viel mehr Formen des Zusammenlebens mög-

lich sind als das klassische «Frau am Herd und Mann irgendwo»-Modell. Dieser Zugewinn an Freiheit wird von vielen Familien sehr geschätzt. Wenn wir nun mit neuen obligatorischen Regelungen aufwarten, zerstören wir mit Sicherheit viel Goodwill. Die Petition widerspricht aber auch ganz grundsätzlich unserer gesellschaftsliberalen Haltung.

Wenn sich die Initiantinnen und Initianten mit den Argumenten gegen ihre Po-



Ganz falsch ist die Vorstellung, die Abschaffung der Hausaufgaben würde der Chancengleichheit nützen.

sition eingehender befassen würden, kämen sie schneller zum Kern des Problems, als wenn sie von «Privilegien» schreiben. Letztere lassen sich natürlich einfacher bekämpfen, aber dieser Kampf findet ohne wirkliche Gegnerschaft statt.

Pawel Silberring, SP Zürich 2

WAS MEINST DU?

Ist die Abschaffung der Hausaufgaben ein wichtiger Schritt in Richtung Chancengleichheit? Schreibe uns deine Meinung an debate@spschweiz.ch oder SP Schweiz, Redaktion «links», Spitalgasse 34, 3001 Bern. Zusätzliche Infos zur Petition «Aufgabenstunden statt Hausaufgaben» der SP Stadt Zürich findest du unter www.sp-links.ch/hausaufgaben.

Keine Boni-Sondersteuer

BERN Der Ständerat hat eine Sondersteuer auf Boni zurückgewiesen. Damit wären alle in der Schweiz tätigen Banken verpflichtet, für 2009 anfallende variable Lohnentschädigungen über 40 000 Franken eine einmalige Steuer von 50 Prozent an den Bund abzuliefern.

Abzockerei kommt vors Volk

BERN Das Parlament hat sich von dem Störmanöver der SVP nicht beirren lassen: Die Abzocker-Initiative kann schon bald den Schweizer Stimmberechtigten vorgelegt werden, wie es die SP seit langem fordert. Den Lohnexzessen gehört endlich ein Riegel geschoben – das Problem der Abzockerei muss angepackt werden und die Initiative ist ein probates Mittel. Das Volk soll zwischen der Abzocker-Initiative und einem direkten Gegenvorschlag mit wirksamen Massnahmen wählen können. Der Umweg über die Aktienrechtsrevision hingegen hätte zu einer unnötigen Verzögerung und zur Verwässerung des eigentlichen Anliegens geführt. Ausserdem wäre dadurch die Volksabstimmung verhindert worden. Neben der Abzocker-Initiative braucht es aber auch die 1:12-Initiative.

FDP verzögert UBS-PUK

BERN Das durch die FDP geführte Büro des Ständerats hat den Entscheid über eine UBS-PUK auf die Sommersession verschoben. Ein Nicht-Entscheid, der einer glatten Arbeitsverweigerung gleichkommt. Damit wird dem Parlament die Möglichkeit genommen, sofort über eine Parlamentarische Untersuchungskommission zu entscheiden. Eine solche ist das stärkste und einzig wirksame Instrument, um Licht in die UBS-Affäre zu bringen und das Vertrauen in den Rechtsstaat Schweiz wieder herzustellen.

1:12-Initiative unterstützen

BERN Damit sich nicht nur die Sparschweine der Manager füllen: Melde dich unter www.sp-links.ch/gotte als Gotte oder Götti der 1:12-Initiative an. Als Gotte oder Götti unterstützt du die 1:12-Initiative mit einem monatlichen Beitrag von mindestens 20 Franken – bis die Initiative im November 2010 eingereicht wird. Die Unterschriftensammlung läuft auf Hochtouren: Gut vier Monate nach der Lancierung sind mehr als ein Drittel der benötigten Unterschriften gesammelt.

Nationalrat ignoriert Krise

BERN In der ausserordentlichen Session zur Arbeitslosigkeit haben sich CVP, FDP und SVP einmal mehr geweigert, den Handlungsbedarf zu erkennen. Sie lehnen trotz Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit praktisch alle Hilfestellungen zu Gunsten der Betroffenen ab.

Wir sind die Pioniere

Edo Caretta
Betriebsbuchhaltung



nest

die ökologisch-ethische Pensionskasse

«Für unsere Geldanlagen haben wir uns klare Regeln gegeben.
Bei Waffenhandel, Kinderarbeit, Atomenergie...
da lassen unsere Anlagespezialisten die Finger davon.»

Darin sind wir Pioniere – **seit 25 Jahren.** www.nest-info.ch



Gut vorbereitet?

5 Portionen Gemüse und Früchte am Tag essen? Kein Problem. Am Morgen 5 Portionen einpacken und über den Tag verteilt essen. Eine Portion entspricht einer Handvoll oder bei Erwachsenen 120 g Gemüse oder Früchte. Also greifen Sie zu! Je farbenfroher desto besser.
www.5amtag.ch

Eine Kampagne zur Förderung des Gemüse- und Fruchtekonsums der Krebsliga Schweiz, Gesundheitsförderung Schweiz und des Bundesamtes für Gesundheit.

ABSolut sinnvoll.

Die ABS ist Ihre Alltagsbank.



Wir bieten Ihnen ein breites Kontosortiment, Firmenkredite, Hypotheken, Anlageberatung und Vorsorgelösungen. Immer dabei: Transparenz, ökologische und soziale Verantwortung. Damit Ihr Geld Sinn macht.

→ Der Weg zur echten Alternative: www.abs.ch

Alternative Bank Schweiz AG
Amthausquai 21
Postfach, 4601 Olten
T 062 206 16 16
www.abs.ch, contact@abs.ch

Olten
Lausanne
Zürich
Genf
Bellinzona



Christian Levrat an der Delegiertenversammlung: Symbolische Lancierung der Cleantech-Initiative.

100 000 Unterschriften, 100 000 Arbeitsplätze

Seit dem 16. März können Unterschriften für die «Cleantech-Initiative» gesammelt werden. Ziel ist ein verstärktes Engagement von Bund, Kantonen und Wirtschaft im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz. Dabei zählt jede Unterschrift.

Christina Klausener

Die Schweizer Wirtschaft braucht neue Lösungen. Mit der Initiative «Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien» (Cleantech-Initiative) setzen wir eine Wertschöpfungskette in Gang, die mit realen Werten für nachhaltigen Wohlstand sorgt. Sie macht den Weg frei für saubere Technologien (Cleantech) und neue Arbeitsfelder. Rund 100 000 neue Arbeitsplätze: Das ist ein Ziel, das nicht utopischen Vorstellungen entspringt, sondern sowohl die wirtschaftliche Realität als auch den globalen Fortschritt im Auge behält.

Der Sektor der erneuerbaren Energien hat enormes Wachstumspotenzial: 70 Prozent mehr Beschäftigte in den letzten vier Jahren allein in Deutschland. In der Schweiz stehen über 5000 Projekte auf der Warteliste des Bundesamts für Energie. Die Schweizer Forschung belegt im Cleantech-Bereich international Spitzenplätze. Hier entwickelte Konzepte zur Photovoltaik werden in Deutschland umgesetzt und vermarktet.

Mit Investitionen in Sonnenenergie, Wind, Geothermie und Biomasse schaffen wir nicht nur neue Arbeitsplätze, sondern investieren auch in die Unabhängigkeit der Schweiz. Wir sind heute zu 80 Prozent von Erdöl-, Erdgas-

und Uranimporten aus dem Ausland abhängig. Mit Hilfe der Initiative wird Energie zu einem in der Schweiz regional verankerten Gut.

Der ökologische Wandel läuft. Neue Windturbinen ersetzen weltweit alle zwei Wochen ein AKW. Deutschland baut an einem Tage so viele Solarstromanlagen wie wir in einem ganzen Jahr. Die Schweiz muss jetzt handeln, will sie nicht nur forschen, sondern auch produzieren und profitieren. Die Zeit für einen ökologischen und wirtschaftlichen Wandel ist da!

Das will die Cleantech-Initiative:

1. Bund und Kantone stellen zusammen mit der Wirtschaft unsere Energieversorgung mit erneuerbaren Energien sicher.
2. Der Bund unterstützt Innovationen im Energiebereich sowie private und öffentliche Investitionen zugunsten erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz.
3. Der Bund erlässt Vorschriften über den Energieverbrauch von Anlagen, Fahrzeugen und Geräten, dabei wird die beste verfügbare Technologie berücksichtigt.
4. Unser Land soll sich von der einseitigen Abhängigkeit vom Erdöl befreien.

Mehr Informationen und den Unterschriftenbogen gibt's auf www.cleantech-initiative.ch.

christina.klausener
@spschweiz.ch

ist gemeinsam mit Patrick Angele für die Unterschriftensammlung verantwortlich.



Couchepin hat sich verrechnet

BERN Die Anschubfinanzierung für Kinderkrippen gerät ins Stocken: Der Grund ist eine Fehleinschätzung des früheren Innenministers Pascal Couchepin. Die SP hatte ihn aufgefordert, mehr Mittel für die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen. Der Bundesrat und die bürgerliche Mehrheit im Parlament haben dies verhindert, weil das Eidgenössische Departement des Inneren behauptete, es seien noch genügend Mittel vorhanden. Jetzt sitzen die Kinderkrippen und damit einige tausend Familien auf dem Trockenen. Davor hatte die SP wiederholt gewarnt. Bundesrat Didier Burkhalter muss jetzt schleunigst nachbessern.

Revision gerät zum Abbau

BERN Auch in der Frühjahrssession haben die Sozialabbauer gnadenlos gewütet: Der Nationalrat hat die 11. AHV-Revision zur Abbauvorlage verkommen lassen. Das Rentenalter der Frauen soll ohne jede Kompensation erhöht, das flexible Rentenalter für kleine und mittlere Einkommen verhindert und die Renten mittels Manipulation am Mischindex gesenkt werden.

Referendum kommt

BERN Anlässlich der Delegiertenversammlung in Bern wurde vertieft über die Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung diskutiert. Im Vordergrund stand dabei das Referendum gegen die Revision der Arbeitslosenkasse, der die Bürgerlichen unverkennbar ihren Stempel aufgedrückt haben: Die bürgerliche Mehrheit im Parlament hat aus der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes eine Abbauvorlage gemacht – schlecht für die Betroffenen, schlecht für die Arbeitslosenversicherung und ausserdem schlecht für die Kantone und Gemeinden, welche Tausende von frühzeitig Ausgesteuerten in der Sozialhilfe auffangen müssen. Das Referendum wurde ohne Gegenstimme beschlossen. Die SP wird zusammen mit den Gewerkschaften dafür sorgen, dass das Volk auch hier das letzte Wort hat.

Nationalrat gegen Klima

BERN Die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat hat der Klimainitiative eine Abfuhr erteilt. Damit negieren vorab SVP und FDP jeglichen Handlungsbedarf, leugnen die katastrophalen Folgen des Klimawandels und verpassen die Chance, Arbeitsplätze in der Schweiz zu schaffen. Die SP setzt weiterhin auf die von ihr mitlancierte Klimainitiative, welche bis 2020 ein CO₂- Reduktionsziel von mindestens 30 Prozent im Inland vorsieht. Darüber hinaus will die SP die Energieeffizienz und die Erneuerbaren mit ihrer eigenen Volksinitiative fördern (siehe auch den Artikel auf Seite 5 sowie das Interview auf den Seiten 6 und 7).

«Prosperität und Nachhaltigkeit

Letzte Session für Ruedi Rechsteiner: Nach fast 15 Jahren im Nationalrat tritt er am 30. Mai zurück. Mit dem wichtigen Nein zum Rentenklau, der SP-Cleantech-Initiative und der Zusatzfinanzierung für Einspeisevergütungen gibt es gleich drei Abschiedsgeschenke für ihn. Über seine Zeit in Bundesbern und das Nachher hat «links» mit dem Basler Vollblut-Politiker gesprochen. Interview: Stefan Krattiger

Die Rentenklauer hatten am letzten Abstimmungssonntag nicht den Hauch einer Chance. Bis du überrascht, dass es schlussendlich eine derart klare Sache war?

Ich habe das nicht ganz ausgeschlossen. Schon sehr früh wurde ich von einem freisinnigen Versicherungsmathematiker angerufen, der mir vorrechnete, wo der Bundesrat überall falsch liege. Das war ein Indikator. Wir haben dann gemerkt, dass wir mit sachlichen Argumenten punkten können.

Ist das auch ein Zeichen für die kommenden sozialpolitischen Abstimmungen, beispielsweise über die Arbeitslosenversicherung oder die AHV?

Nicht zwingend. Es kommt bei jeder Kasse darauf an, in welchem Zustand sie ist. Die Bürgerlichen werden es aber schwer haben, wenn sie bei der AHV kürzen – nicht zuletzt, weil die AHV 2009 sehr gut abschliessen wird. Bei der Arbeitslosenkasse wird es schwieriger sein, weil weniger Leute direkt betroffen sind. Der Sieg vom Sonntag war hart erarbeitet – während vielen Jahren hat die SP die Sickerlöcher der zweiten Säule kritisiert.

Haben da wirklich nur sachliche Argumente den Ausschlag gegeben?

Entscheidend war die breite Betroffenheit. Viele «Gewerbler» haben die Nase voll von den Versicherungen. Sie wissen, dass sie zu viel bezahlen, auch für die Boni der Chefetage. Und die Konsumentinnen-Organisationen haben am selben Strick gezogen wie wir. Hinter dem Sieg steht eine breite Allianz. Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass diese Konstellation bei den anderen Abstimmungen automatisch spielt.

Die Abstimmung ist gewonnen, die eigentlichen Probleme bei der zweiten Säule sind aber nach wie vor ungelöst...

Das ist so. Aber das Ziel ist klar: Wir wollen wissen, was die verschiedenen Gefässe kosten und was sie den Versicherten einbringen – es muss Transparenz und Wettbewerb entstehen. Bei den Lebensversicherern muss die Vorsorge vom übrigen Geschäft getrennt werden, mit eigenen Bilanzen und eigener Erfolgsrechnung, nur das schafft Vertrauen.

Werden wir uns schon bald wieder über den Umwandlungssatz unterhalten müssen?

Nein, das glaube ich nicht. Jetzt warten wir mal fünf Jahre und beobachten die Entwicklung. Der Umwandlungssatz wird ja bereits abgesenkt, wenn auch weniger steil. Und die Zinsen werden irgendwann wieder steigen. Dann kann sich das Problem der schwachen Rendite entschärfen.

Zu deinem zweiten politischen Schwerpunkt: Du kämpfst seit 35 Jahren gegen Atomkraftwerke...

...und wurde zum Energieexperten, über die Atomfrage hinaus. Als Präsident der Adev Energiegenossenschaft war ich ab 1988 bei Investitionsentscheidungen über Wasser-, Wind- und Solarkraftwerke direkt beteiligt. Zusammen mit Eric Nussbaumer – er wurde inzwischen auch in den Nationalrat gewählt – durfte ich im Mikroformat lernen, wie man die Energiefrage konkret löst. Wir haben uns die Zukunft, die wir wollen, selber gebaut, und gingen dann politisch in die Offensive: zuerst in den Kantonen, wo wir herkommen, und danach in Bern.

Entscheidend war die breite Betroffenheit. Viele «Gewerbler» haben die Nase voll von den Versicherungen.

Dein Wissen ist auch im Ausland gefragt.

Ab 1998 begann ich, mich mit Erdöl und Gas zu beschäftigen. Das interessierte damals keinen Menschen. Im 2003 habe ich eine Vervielfachung des Ölpreises auf 100 Dollar bis 2010 vorausgesagt. Das hat damals keiner geglaubt. Die Schlussfolgerung für mich war klar: Erneuerbare Energien setzen sich durch. Nicht weil wir das wollen, sondern weil sie billiger werden als Erdöl und Gas. Dann griff ich die hirnrissigen Prognosen der Internationalen Energieagentur (IEA) an, stellte meine Studien in Bonn und London vor. Deutsche Energiepolitiker wie Hermann Scheer und Hans Josef Fell luden mich an ihre Kongresse ein. Ich hielt Vorträge

© Keystone/Keystone/Peter Schneider



in Einklang bringen»

von Lissabon bis Moskau. Die jüngsten Volksabstimmungen von Genf bis Winterthur zeigen, dass wir mit erneuerbaren Energien nun mehrheitsfähig unterwegs sind. Das ist eine grossartige Veränderung. Meine Prognose: Die Atomlobby wird mit ihren AKW-Plänen die gleiche Abfuhr erhalten wie die Versicherungslobby beim Umweltsatz. Man kann zwar politische Parteien einkaufen, aber nicht die Bevölkerung, der man unnötige Strahlen und radioaktive Risiken aufbürdet.

Letzten Dienstag hat die Unterschriftensammlung für die Cleantech-Initiative begonnen. Was sagst du denen, die den Umstieg auf Erneuerbare als nicht machbar beurteilen?

Erneuerbare Energien sind logisch, weil die tieferen Kosten und die Versorgungssicherheit dafür sprechen! Die interessantesten Botschaften kommen heute aus der Industrie. Oerlikon Solar zum Beispiel rechnet mit aktuellen Solarmodulkosten von 1 Dollar pro Watt, sinkend auf 70 US-Cents bis 2012. Das heisst, dass wir im nächsten Jahrzehnt – mit Massenproduktion – jedes Einfamilienhaus für 10 000 Franken auf Eigenversorgung umstel-

Noch-Nationalrat Ruedi Rechsteiner freut sich, in Zukunft öfters zuhause zu sein und mehr Zeit mit seinen zwei Söhnen verbringen zu können.

len können. Das ist eine super Perspektive für sauberen Strom, Versorgungssicherheit und Arbeitsplätze! Wir brauchen Anlagen, Anlagen, Anlagen. Dann wird die Glaubwürdigkeit unserer Strategie gestärkt. Der Atomblödsinn hört dann irgendwann von selber auf.

Erneuerbare haben sich bereits durchgesetzt?

Erneuerbare sind populär! Kein Regierungsrat lässt es sich nehmen, eine noch so kleine Windturbine persönlich einzuweihen. Die Energiewirtschaft wurde von der Wirkung der Einspeisevergütungen vollkommen überrascht, das Bundesamt für Energie inklusive. Aber noch immer sind zu viele Blockaden und Deckel im System. Wir sind Weltmeister in Sachen Warteliste! Deshalb müssen wir – überparteilich abgestützt – noch mit einer weiteren Volksinitiative kommen: «Deckel weg!»

Wir brauchen Anlagen, Anlagen, Anlagen. Der Atomblödsinn hört dann irgendwann von selber auf.

Und was ist mit dem Landschaftsschutz?

Die grösste Ressource in der Schweiz nach der Wasserkraft sind unsere Hausdächer. Gegen Solaranlagen gibt es kaum Opposition. Und die Preise für Solarmodule sind im freien Fall, sie wurden in den letzten zwölf Monaten um 50 Prozent billiger. Erneuerbare Energien werden alle Bedürfnisse decken: Heizen, Wohnen und Mobilität. Ich bin sehr glücklich, dass Christian Levrat als SP-Präsident diese Vision

überzeugend vertritt. Und Moritz Leuenberger lässt die fragwürdigen «Energieperspektiven» revidieren. Das ist dringend. Denn im besten Szenario des Bundesrates erreichen Solaranlagen in der Schweiz gerade mal 1000 Megawatt. So viel wird in Deutschland alle drei Monate aufgestellt!

Die Windräder müssen also nicht unbedingt bei uns stehen?

Im Strombinnenmarkt wird man die Ressourcen dort nutzen, wo sie am billigsten ist: Windenergie an exponierten Lagen auf Hügelzügen oder am und im Meer. Aber auch in der Schweiz ist viel möglich. Wir haben 35 000 Hochspannungsmasten. Ich sehe nicht ein, warum wir nicht 500 bis 1000 Windturbinen aufstellen können, wenn wir gleichzeitig Hochspannungsleitungen in sensiblen Gebieten in den Boden verlegen. Im Jahr 2030 bringt die Windenergie 50 Prozent des Strombedarfs in Europa. Wir brauchen sowieso neue Netze: Gleichstromnetze im Boden, ohne Elektromog.

Also insgesamt eine Landschaftsentlastung?

Ja, absolut. Die SP muss das Ganze im Blick haben und darf nicht eine Blockadehaltung einnehmen, wie das gewisse Grüne und Umweltverbände tun, die die Prioritäten aus den Augen verloren haben. Prosperität und Nachhaltigkeit kommen mit der Cleantech-Initiative in Einklang. In der Bundesverfassung werden die Grundlagen geschaffen, um erneuerbare Energien entwickeln zu können. Und auch die Energieeffizienz wird verbessert.

AUF DEN PUNKT GEBRACHT

Nach 14½ Jahren ist Schluss, weil...

... man gehen soll, wenn's am schönsten ist.

Dass ich den Kampf gegen neue AKWs im Parlament nicht mehr ausfechten kann, ist...

... schade. Aber es ist auch etwas befreiend, das Dossier an unverbrauchte Kräfte zu übergeben. Ich bin mir ganz sicher: Die SP bleibt hier am Ball und wird gewinnen.

Vermissten werde ich...

... meine Kolleginnen und

Kollegen in der Fraktion. Nach Jahren gemeinsamer Arbeit ist der Abschied auch schmerzlich. Und natürlich ist man weniger handlungsfähig, wenn man nicht selber im Parlament sitzt.

Am meisten freue ich mich darauf...

... dass ich mehr zuhause sein darf. Ich habe zwei Söhne (9 und 11 Jahre alt), die ihren Vater gerne noch ein wenig öfter sehen. Zu erleben, wie die beiden erwachsen werden, darauf freue ich mich sehr! Ausserdem möchte ich wieder Bücher schreiben und

mehr Sport machen. Es ist nicht einfach, im Parlament nicht fett zu werden.

Mein Höhepunkt als Nationalrat...

... war der Zeitpunkt, als klar wurde, dass es kein Referendum gegen das Stromversorgungsgesetz und damit gegen die Einspeisevergütung geben wird.

Der schlimmste Moment...

... war am 18. Mai 2003, als die Atominitiativen in einer Sammelabstimmung bachab gingen. Doch schon wenig später ging

es mit den erneuerbaren Energien plötzlich bergauf. Auch die Blocher-Wahl war ein Schock. Auch dies konnten wir später korrigieren.

Meinem Nachfolger gebe ich den Rat...

... sich selber treu zu bleiben. Man darf sich nicht vom Bundeshaus oder den Medien absorbieren lassen. Ein persönliches Umfeld muss bleiben, in dem man die eigene Kreativität und die Kraft der Ideen entfalten kann.

solarspar

Sonnige Aussichten für Ihr Geld.

Seit 1991 bauen wir Solarkraftwerke, verwirklichen Klima Pilotprojekte, fördern Solarenergie in den ärmsten Ländern.



Mit dem Zeichnen von rückzahlbaren Anteilsscheinen machen Sie konkreten Klimaschutz möglich.



Solarspar
Grammetstrasse 14
4410 Liestal
Tel. 061 205 19 19
Fax 061 205 19 10
info@solarspar.ch
www.solarspar.ch



Pizza Bethlehem
Ein Film von Bruno Moll

«Bruno Moll zeigt in *Pizza Bethlehem*, was gelebte Integration heisst. Ein Highlight der Solothurner Filmtage.»
Tages-Anzeiger, Thomas Allenbach

Ab 8. April in den Kinos

Die andere DVD-Edition



www.trigon-film.org Telefon 056 430 12 30

trigon-film



Freude am Abstimmungssonntag: Fast drei Viertel der Stimmberechtigten haben Nein gesagt.

Bis hierher und nicht weiter

Das Volk hat eine klare Linie gezogen: Hände weg von unseren Sozialwerken! Die Wut, die bereits während der Unterschriftensammlung gegen den Rentenklaus deutlich spürbar war, hat sich eindrücklich entladen. Christian Levrat

Dass das passieren würde, diese Gewissheit hatte ich bereits während den letzten Wochen unserer Kampagne. In den Sektionen, auf der Strasse, unter Freunden und Bekannten – in all den Gesprächen, die ich geführt habe, war der Ärger greifbar. Noch kurz vor der Abstimmung hat mir eine ältere Dame, regelrecht in Rage, gesagt: «Herr Levrat, diese Versicherer darf man doch nicht einfach gewähren lassen, oder? Die füllen sich schamlos die Taschen und wir, die Kleinen, sollen mit unseren mickrigen Renten durchkommen?»

Nein, wir haben sie nicht gewähren lassen. Ich freue mich riesig, dass sich die Empörung über die Selbstbedienungsmentalität durchgesetzt hat. Das wuchtige Nein zum Rentenklaus ist ein Sieg einer grossen Mehrheit über eine kleine, privilegierte Minderheit, ein Sieg des Volkes über die freisinnige Überheblichkeit. Das Verdikt ist überdeutlich und lässt hoffen, dass die unumgänglichen Reformen zur Sanierung der zweiten Säule nun endlich an die Hand genommen werden, dass endlich Transparenz geschaffen wird in den Versicherungen.

Hoffnung, dass unser Geld nicht mehr für unverschämte Verwaltungsaufwände, unanständig hohe Manager-Bezüge und saftige Dividenden verschleudert wird. Dieses klare Nein wird helfen, das Vertrauen der Bevölkerung in unser Vorsorgesystem wieder zu stärken.

Ich hoffe, dass dieser Erfolg auch viele andere wachrüttelt. Das hoffe ich für die SP, aber vor allem hoffe ich es für unsere Sozialwerke. Denn leider war der abgewehrte Rentenklaus bloss ein Etappenziel in unserem erbitterten

Der Sieg einer grossen Mehrheit über eine privilegierte Minderheit

Kampf gegen die von den Bürgerlichen anvisierte Schleifung unseres Sozialstaats. Die FDP, folgsam unterstützt von CVP und SVP, hat ihre nächsten Ziele bereits im Visier: Ausgerechnet in der Krise sollen die Leistungen unserer Arbeitslosenversicherung und der AHV verschlechtert werden. Wir werden wiederum entschiedenen Widerstand leisten – und wir werden gewinnen, wir werden die Allianz von Geld und Arroganz besiegen! Genau wie wir es am 7. März getan haben.



christian.levrat@parl.ch
Freiburger Nationalrat und Präsident der SP Schweiz

STANDPUNKT



Thomas Christen
Generalsekretär

Abzocker-Partei

Die Zahlen der Woche. UBS-Verlust 2009: 2.7 Milliarden. Bezüge der Konzernleitung: 68.7 Millionen. Bezüge von Marcel Rohner für zwei Monate Arbeit: 2.7 Millionen. Bezüge von Peter Kurer für vier Monate: 5.1 Millionen. Die Zahlen zeigen: Die UBS hat aus dem Debakel nichts gelernt. Immer noch herrschen Masslosigkeit, Gier und Unverschämtheit.

Die Worte der Woche. Die Reaktion der SVP auf die UBS-Zahlen. Nationalrat Kaufmann zeigte sich erfreut, dass insgesamt weniger Lohnzahlungen als im Vorjahr gemacht wurden. Keinerlei Zeichen von Unverständnis über die Selbstbediener. Keine Kritik an die UBS-Spitze. Das erstaunt. Wollte doch die gleiche SVP vor kurzem noch dem Volk vormachen, sie sei die Anti-Abzocker-Partei.

Und: Kaufmann ist kein Einzelfall. SVP-Nationalrat Spuhler etwa sass jahrelang selber im UBS-Verwaltungsrat, kassierte mit und ist mitverantwortlich für das UBS-Debakel. SVP-Vize, Financier und Autoimporteur Frey ist einer der reichsten Schweizer überhaupt. Und SVP-Vize Blocher war in den Neunzigerjahren sogar der Wegbereiter für die Abzockerei.

Zwischen 1992 und 1998 war Blocher Verwaltungsratspräsident der Pharma Vision. Dort kassierte er gemeinsam mit zwei weiteren Verwaltungsräten über 10 Millionen pro Jahr. Viel Geld für ein paar Sitzungen. Blocher war damals der bestbezahlte nebenamtliche Verwaltungsrat im Land. Im Schnitt erhielt ein Verwaltungsrat damals jährlich 50000.

Da waren aber auch alle Geschäfte, die Blocher als Shareholder-Value-Vertreter tätigte. Immer nach dem gleichen Prinzip. Unterbewertete Aktien aufkaufen. Verwaltungsrat unter Druck setzen. Firma filetieren oder fusionieren. Und wenn die Aktie steigt, wieder verkaufen. Heute nennt man dies das Heuschrecken-Vorgehen. Bekanntestes Beispiel: Blochers Einstieg bei Aluisse-Lonza, die er in verschiedene Einzelteile zerlegte und mit Gewinn verkaufte – ohne sich einen Deut um die Arbeitsplätze zu scheren. Dass Blocher diese Engagements lieber verschweigt – so wie seine enge Freundschaft mit Ebner und Ospel – ist nachvollziehbar. Und dass Spuhler lieber nicht über sein UBS-Engagement reden will, ebenfalls. Denn diese Fakten zeigen eines: Die Unglaublichkeit der SVP als Kämpferin gegen die Abzockerei.

KNALLROT

Barbara Berger
ist Zentralsekretärin der
SP-Frauen Schweiz.
barbara.berger@spschweiz.ch



Kostenloser Zugang zur Verhütung

Das Recht auf Gesundheit bedeutet auch sexuell gesund zu sein und Zugang zu Verhütung zu haben, der nicht durch finanzielle Barrieren verhindert wird. Doris Stump, Aargauer Nationalrätin, stellte am Internationalen Frauentag dem Bundesrat die Frage, wie ein kostenloser Zugang zur Verhütung für alle ausgestaltet werden kann. Die Antwort war geprägt von moralischen Appellen an die Eigenverantwortung und von einer Pfui-Haltung, doch bitte die sexuelle Gesundheit unter der Bettdecke zu belassen.

Diese eigenartige Antwort hat wenig mit dem 21. Jahrhundert zu tun. Die kantonalen Beratungsstellen für Familienplanung erhalten zunehmend Anfragen zur Finanzierung von Verhütungsmitteln, weil die Kosten dafür das Budget von Frauen oft überschreiten; oder die Eltern sollen nicht erfahren, dass Verhütungsmittel benutzt werden.

Vor allem junge Frauen in Ausbildung und Frauen ohne oder mit tiefem Einkommen riskieren oft eine ungewollte Schwangerschaft. Manche von ihnen entscheiden sich dann für einen Schwangerschaftsabbruch, der von der Krankenkasse finanziert wird. Statt den Schwangerschaftsabbruch aus dem Grundkatalog zu streichen – wie das gewisse Kreise fordern –, sollte vielmehr der freie Zugang zu wirksamer Verhütung gewährleistet werden. In Europa wird dies sehr unterschiedlich gehandhabt: In Deutschland und Frankreich erhalten vor allem junge Frauen die Verhütungsmittel gratis. In Grossbritannien und Holland finanziert sie die Krankenversicherung für alle Frauen. Eine Untersuchung aus Österreich kommt zum Schluss, «dass der einfache und freie Zugang zu wirksamer Verhütung und sicherem Schwangerschaftsabbruch nicht ein Luxus ist, sondern die Basis für den hohen Standard in der reproduktiven Gesundheit von Frauen und des Lebensstandards unserer Gesellschaft.» Auch der Europarat hat in diversen Empfehlungen den freien Zugang zu Verhütungsmitteln gefordert, und zwar für Frauen und Männer. Dafür setzen sich die SP-Frauen Schweiz und Doris Stump mit ihrem Postulat als Reaktion auf die Antwort des Bundesrats ein.

→ www.charta-frauenrechte.ch

ABZOCKEREI

Die durchsichtigen SV

Die Finanzkrise ist weder national noch international überwunden. Sie verursachte den Volkswirtschaften Kosten von 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Selbst die «Handelszeitung» befürchtet, dass es die zu grossen Schweizer Grossbanken verblasen könnte und diese die gesamte Schweizer Volkswirtschaft mit in den Abgrund ziehen. Susanne Leutenegger Oberholzer

Das alles ist das Resultat von mehr als zwei Jahrzehnten praktiziertem Neoliberalismus. Die Elemente dieser für ihre rechten Urheber erfolgreichen und für die gesamte Gesellschaft folgenreichen Strategie waren:

- Deregulierung der Finanzmärkte
- Ungleiche Verteilung der Vermögen und Einkommen
- Privatisierung der zentralen Unternehmen des Service Public
- Ausbluten der Staaten und damit einhergehend Abbau der Leistungen vor allem auch im sozialen Bereich.

Abzocker-Seuche von Blocher und Ebner

Bestandteil dieser Politik war die Abzocker-Seuche. In die Schweiz eingeschleppt haben sie Christoph Blocher und Martin Ebner. Entsprechend nervös und gereizt reagiert der SVP-Chefstrategie auf die Hinweise auf seine Vergangenheit, aber auch auf die drohende

Volksabstimmung zur Abzocker-Initiative. Die Einkommen der Lohnabhängigen folgten in den letzten Jahren der wirtschaftlichen Entwicklung nicht. Die Beute für die gierigen Aktionäre und Manager wurde aber immer grösser. Im Kampf um diese Beute waren die Manager erfolgreich. Bei den Grossbanken stecken sie rund die Hälfte des Gewinns als Boni und andere Belohnungen in ihre Taschen.

Ursprünglich wollte der Unternehmer Thomas Minder dem Vernehmen nach die zu hohen Löhne beschneiden; so wie es die Jusos mit der 1:12-Initiative richtigerweise konkret fordern. Mit seiner bereits mehr als erfolgreichen Volksinitiative will Minder nur mehr Missbräuche verhindern. Das ist gut so. Zugleich sollen die Rechte der AktionärInnen gestärkt werden, was vermutlich gegen die Gier keine genügende Bremse ist.

Wer hat Angst vor dem Volk?

Blocher gelang es, Minders Vertrauen zu gewinnen. Gemeinsam präsentierten sie eine «Einigungslösung». Als ob eine Einigung zwischen Minder und Blocher ein tragfähiger politischer Kompromiss und für das Parlament eine bindende Verpflichtung wäre. Der SVP dieses Projekt anzuvertrauen wäre fatal gewesen: Die ursprünglichen Anliegen des Initianten drohten zum Unkenntlichen verwässert zu werden, nachdem Blocher und Minder plötzlich auf den Rückzug der Initiative setzten.



Haben die Abzocker-Seuche in die Schweiz eingeschleppt: Christoph Blocher und Martin Ebner.

PROTEST

P-Manöver MenschenStrom gegen Atom

Deshalb will die SP die Initiative Minder vor das Volk bringen. Das geht nicht mit der SVP. Warum wohl hat die SVP plötzlich Angst vor dem letzten Wort des Volks?

Nationalrat Spuhler im UBS-Vergütungsrat

Wie doppelbödig die SVP politisiert, zeigt der Fall des weiterhin real existierenden Selbstbedienungsladens UBS. Zur Erinnerung: Im Verwaltungsrat der UBS sass nur ein Politiker, der SVP-Unternehmer und Nationalrat Peter Spuhler. Er sass im UBS-Vergütungsausschuss, der die Abzocker-Saläre von Ospel, Wuffli und Co. genehmigte. Dies alles im Einverständnis mit Christoph Blocher, der dank Ospel Bundesrat wurde und der auf Ospels Hochzeit tanzte.

Einen Zacken zugelegt an Doppelbödigkeit hat die SVP in der vergangenen Session bei der Beratung über den revidierten Staatsvertrag Schweiz-USA. Das Parlament muss die UBS – wenn sie überleben soll – mit dessen Genehmigung ein zweites Mal retten.

SP fordert Auflagen für zweite UBS-Rettung

Die SP stellte für die Zustimmung zur vorläufigen Anwendung klare Bedingungen:

1. Individuelle Vergütungen (Löhne, Bonuszahlungen und weitere Lohnbestandteile), die pro Jahr eine Mio. Franken übersteigen, dürfen von systemrelevanten Banken nicht als geschäftsmässig begründeter Aufwand in Abzug gebracht und zudem nur in Form einer Beteiligung an zusätzlichem Eigenkapital ausgerichtet werden.

2. Für die Grossbanken werden zur Minderung der Systemrisiken neue gesetzliche Vorschriften erlassen mit verschärften Anforderungen an die Eigenmittel, die Liquidität, die Aufsicht und die Organisation.

2. Ein allfälliger Verlust der Schweizerischen Nationalbank bei den Trash-Papieren der UBS muss von der Grossbank selbst getragen werden.

Die SVP lehnte – mit CVP und FDP – die konkreten SP-Forderungen ab. Die UBS droht damit ohne konkrete Auflagen erneut zum Nulltarif gerettet zu werden; genauso wie die Initiative Minder ohne Volksentscheid unter den Tisch gekehrt werden soll. Dies alles, damit das Treiben der gierigen Aktionäre und Manager ungehindert weitergehen kann.

slo@bluewin.ch
Nationalrätin aus dem Kanton
Basel-Landschaft



Die SP unterstützt die Aktion «MenschenStrom gegen Atom» vom Pfingstmontag, 24. Mai 2010. Wir laden euch ein, möglichst zahlreich daran teilzunehmen. Chantal Gahlinger

Die Atomkraft birgt nicht tragbare Risiken für Gesundheit und Wirtschaft. Uranabbau gefährdet die in den Abbaugebieten lebende Bevölkerung. Atomreaktoren können Radioaktivität freisetzen und die Proliferation stellt ebenfalls ein Risiko dar. Auch die Entsorgung der radioaktiven Abfälle ist ungelöst. Es existiert weltweit noch kein betriebsbereites Endlager für ausgediente Brennelemente, die direkt eingelagert werden.

Wem das noch nicht genug Argumente gegen die Atomkraft sind, der sei auf die Kosten verwiesen: Der französische AKW-Bauer AREVA beziffert den Bau eines EPR-Reaktors («moderner Reaktortyp») auf 10 Milliarden Franken. Der Bau von zwei neuen Schweizer AKW würde somit 20 Milliarden Franken kosten, Stilllegung und Entsorgung nicht eingerechnet. Der in Finnland in Bau befindliche Reaktor Olkiluoto 3 wächst sich zu einem finanziellen Desaster aus. Er sollte drei Milliarden Euro kosten, jetzt sind schon über fünf Milliarden Euro im Gespräch.

Citibank, die nicht im Verdacht steht, Teil der Anti-AKW-Bewegung zu sein, veröffentlichte eine Studie, die unter anderem das finnische Projekt angreift. Sie kommt zu folgen-

dem Schluss: Wenn bei Investitionssummen in dieser Höhe ein Bauprojekt falsch läuft, kann es die Finanzkraft selbst der grössten Energieversorger beschädigen. Die «Renaissance der Atomkraft» beschränkt sich auf Länder, in denen staatliche Betreiber das Risiko tragen.

Ohne Staatskohle keine Atomkraft.

Nach einem Unfall zahlen zudem die Steuerzahlenden – wenn sie überleben. Eine Studie beziffert die potenzielle Schadenssumme in der Schweiz auf 4300 Milliarden Franken.

Nach einem Unfall zahlen zudem die Steuerzahlenden – wenn sie überleben.



chantal.gahlinger@spschweiz.ch
Politische Fachsekretärin der SP-Fraktion
in der Bundesversammlung

EVENT

Folgende Forderungen stehen im Zentrum dieses farbigen Anlasses: Ausstieg aus der Atomenergie, keine neuen AKW und Förderung der erneuerbaren Energien. Der von verschiedenen Aktivitäten begleitete Ablauf der Pfingstaktion sieht wie folgt aus:

12.30 Uhr	Startkundgebung in Müldorf bei Gösgen
13.30 Uhr	Abmarsch Richtung Olten
16.00 Uhr	Schlusskundgebung in Olten
17.00 Uhr	Rückreise

ROTSTICH

Exoten in den Grossrat!

Im Kanton Bern stehen Wahlen an. Der Wahlkampf treibt mitunter seltsame Blüten: Bauern in SVP und BDP schmücken fleissig ihre subventionierten Felder und ganz grundsätzlich ist festzustellen, dass viele offenkundig lieber «in den Grossrat» als «in den Grossen Rat» gewählt werden möchten. Ein Grossrat ist zweifelsfrei ein männliches Mitglied des Grossen Rates und wie genau man in so einen reinkommt, bleibt glücklicherweise das Geheimnis der Werbenden.

Dann ist da natürlich das Päckli mit den Wahlunterlagen. Neben den üblichen Verdächtigen preisen sich traditionellerweise auch ein paar Exoten an. Visuelle Gestaltung und Rechtschreibung sind dabei oft Glücksache. So verstehen sich beispielsweise «Die Eidgenossen» als die «neue starke Rechte Partei» und kämpfen heroisch gegen den «EU beitritt». Aha. Kuscheljustiz finden die strammen Männer übrigens auch ganz schlimm – Glück für sie, dass die Produktion von schlechtem Wahlmaterial an sich keinen Straftatbestand darstellt. Von zwei Kandidaten war partout kein Föteli aufzutreiben – dass einer der Gesichtslosen oben drein Peter Muster heisst, lässt ernsthafte Zweifel an seiner tatsächlichen Existenz aufkommen. Der «mündige Bürger», an den die Rütli-Nostalgiker appellieren, wird das Qualitätsprodukt wohl zu würdigen wissen.

Ebenfalls mit gefälliger Propaganda fällt die «Liste Pro Freiheit & IG Freie Schweizer Wirte» auf, die übrigens ebenfalls in den Grossrat will. Das übersichtliche Parteiprogramm baut auf zwei tragenden Säulen auf: Freies Qualmen für freie Bürger und kein Tempo 60 ausserorts. Wie lächerlich wirkt daneben eine Partei, die für Nebensächlichkeiten wie soziale Gerechtigkeit, faire Löhne, die Förderung von erneuerbaren Energien und mehr Kaufkraft für alle eintritt? *Stefan Krattiger*



Die Stadt Zürich hat gewählt und die SP freut sich. Neu den Einzug in die Zürcher Stadtregierung geschafft haben die Ökonomin **Claudia Nielsen** und **André Odermatt**, der bisher als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni Zürich tätig war. Beide wirkten zuvor für die SP im Stadtparlament. Zusammen mit der klar wiedergewählten Stadtpräsidentin Corine Mauch und dem ebenfalls problemlos bestätigten bisherigen Stadtrat Martin Waser, sichern sie die linke Mehrheit in der Exekutive auch für die kommenden vier Jahre. Im Gemeinderat, der kommunalen Legislative, bleibt die SP mit 39 Sitzen klar die stärkste Fraktion.

Auch in Winterthur war die SP erfolgreich: Ernst Wohlwend wurde als Stadtpräsident bestätigt, ebenso die bisherige Stadträtin Pearl Pedernana. Als Novize in die Winterthurer Stadtregierung wurde der SP-Fraktionschef im Zürcher



Kantonsrat, **Nicolas Galladé**, gewählt. Ein grossartiger Erfolg, den die SP jedoch mit einem lachenden und einem weinenden Auge zur Kenntnis nimmt: Seinen bisherigen Job als Projektleiter in der Kampagnenabteilung der SP Schweiz wird er demnächst an den Nagel hängen müssen.

Ebenfalls eine neue Arbeitsstelle hat **Christine Bickel-Vetsch**. Sie hat bei der Gesamterneuerungswahl der Glarner Kantonsregierung den Sitz des zurückgetretenen SP-Bildungsdirektors Jakob Kamm souverän verteidigt. Mit der Wahl der Niederurnenerin gehören der kantonalen Exekutive erstmals zwei



GESAGT

«Im Vergleich zu meiner frühen Jugend ist Cédric Wermuth, der heutige Chef der Jungsozialisten, geradezu ein Rechter.»



FDP-Nationalrat **Philipp Müller** outet sich in der «Sonntags-Zeitung». Entsprechend angetan war der Unternehmer übrigens von der Stimmung an der JUSO-Jahresversammlung in Bern, wo er auf dem Podium über die 1:12-Initiative debattierte.

Frauen an. Die parteipolitische Zusammensetzung der fünfköpfigen Regierung bleibt unverändert: Die vier Bisherigen wurden im Amt bestätigt.

Nicht an-, sondern abtreten tut hingegen **Hans Widmer**. Nachdem er seit 1996 für die Luzerner SP im Nationalrat politisierte, ist jetzt Schluss. Während elf Jahren (1996 bis 2007) war der Philosophieprofessor Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, die er zwischen 2001 und 2003 präsidierte. Seinerzeit

standen Themen wie Forschung am Menschen und an Embryonen, Genforschung, aber auch Millionen-Vorlagen im Hochschul- und Wissenschaftsbereich



auf der politischen Agenda – Themen, die ihn auch später immer wieder beschäftigen sollten. Von 1999 bis 2001 wirkte der überzeugte Friedenspolitiker in der Aussenpolitischen Kommission, bevor er 2003 schliess-

GEZEICHNET



Nochmals Schwein gehabt, UBS – aus dem Schlamassel gelernt haben die Abzocker aber sch(w)einbar nichts: Die Boni fließen munter weiter.

GESEHEN

© Edouard Rieben



Es gab viel zu diskutieren während der soeben zu Ende gegangenen Frühjahrssession der eidgenössischen Räte. In der Wandelhalle stecken Fachsekretär Carsten Schmidt sowie die NationalrätInnen Daniel Jositsch, Anita Thanei, Susanne Leutenegger Oberholzer und Carlo Sommaruga (v.l.n.r) die Köpfe zusammen. Ob's einmal mehr darum ging, den Abzockern das Handwerk zu legen?

lich Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission wurde und sich ebenfalls international engagierte. (Mehr dazu im nächsten «links»)

Sorgen um die Alterspflege macht sich die Solothurner Nationalrätin **Bea Heim**: Es herrscht Personal-



mangel. Die bedrohlichen Engpässe verschärfen sich Jahr für Jahr. Bis ins Jahr 2020 braucht es zusätzlich 25 000 Pflegefachleute. Doch zurzeit werden

jährlich 4600 Personen zu wenig ausgebildet. Die akuten Probleme sind die kurze Verweildauer im Beruf, die enorme Belastung, die unbefriedigenden Arbeitsbedingungen sowie die fehlenden Umschulungs- und Ausbildungsplätze. Es fehlt an Ausbildungskapazitäten, insbesondere im Heim- und Spitex-Bereich. In mehreren Vorstössen fordert sie den Bundesrat zum Handeln auf.



KUNST IM SEKI

Ausstellung im Zentralsekretariat an der Spitalgasse 34 in Bern (noch bis am 28. Mai 2010):

RICO KLAAS

«Ausschnitte aus den Arbeiten 2005 bis 2010»

Öffnungszeiten: Wochentags von 8.30 bis 12 Uhr und von 14 bis 17 Uhr (oder nach Voranmeldung unter 031 329 69 69)

ROTE OHREN

Eigentlich wollte **Silvia Schenker** von **Toni Bortoluzzi** ja bloss eine Unterschrift für ihre IV-Motion.



Heiser erklärte sie dem SVPLer ihr Anliegen und stiess trotz sessionsbedingt arg in Mitleidenschaft gezogener Stimme auf – zwar nicht rote – aber dennoch offene Ohren. Der Zürcher Schreinermeister gewährte politischen Support und leistete darüber hinaus erste Hilfe: Doktor Bortoluzzi verschrieb und verabreichte zwecks Wiederherstellung der Stimmkraft kurzerhand einen Appenzeller. Parteienübergreifende Gesundheitspolitik, quasi.

Feucht-fröhlich ging es auch beim Abschied von **Hans Widmer** und **Ruedi Rechsteiner** im Berner «musigbistrot» zu und her: **Evi Allemann** und **Roger Nordmann** würdigten die politischen Verdienste der beiden Scheidenden, Energieminister **Moritz Leuenberger** war um den magistralen Touch besorgt und Ruedi himself sorgte mit dem «Sicherheits-Orchester» (quasi dem musikalischen Gegenentwurf zur Ersten Allgemeinen Versunsicherung) für den stimmungs-vollen Rahmen.

Nicht nur Renten kann man klauen. Nachdem sich früher bereits **Christian Levrat** in dieser Diszi-



plin profiliert hatte («links» berichtete), legte jetzt der oberste Grüne nach: Im Trubel des Abstimmungsfestes entwendete **Ueli**

Leuenberger versehentlich zuerst das iPhone des «links»-Chefredaktors und später dasjenige von JUSO-Präsident **Cédric Wermuth**. Ein Wiederholungstäter, wie's scheint.

Anstoss für Südafrika!

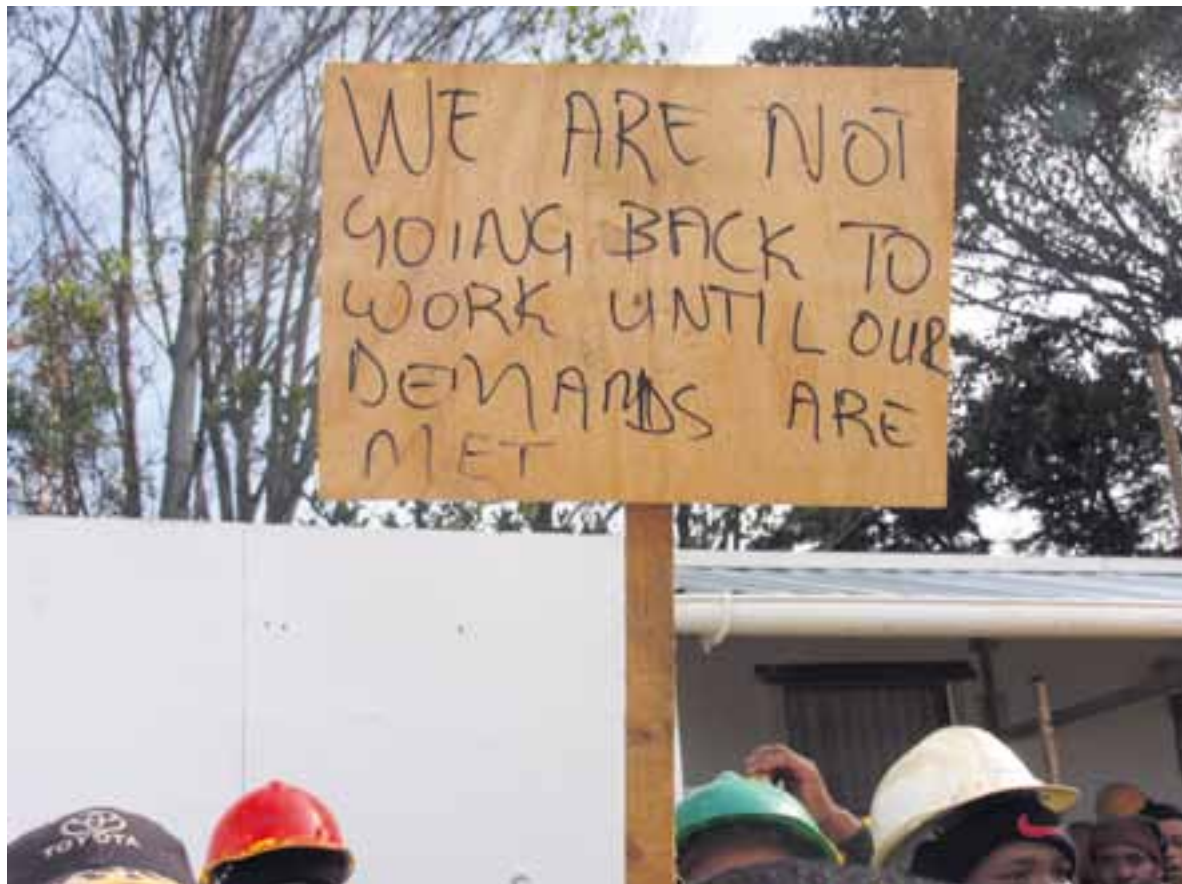
Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH) lanciert eine Petition an FIFA-Präsident Sepp Blatter. Darin wird die FIFA aufgefordert, sich endlich gegen Ausbeutung bei der Fussball-WM einzusetzen. Cédric Wermuth

Am 11. Februar 1990 wird Nelson Mandela aus dem Gefängnis entlassen. Vier Jahre später gewinnt der African National Congress ANC – die Befreiungsbewegung der ApartheidgegnerInnen – die Wahlen. Das ist das Ende der rassistischen Apartheid in Südafrika. Doch Südafrika bleibt weiterhin tief gespalten: Die rassistische Apartheid wurde durch eine wirtschaftliche ersetzt. Die neoliberale Politik des ANC lässt Arm und Reich immer weiter auseinander driften.

Wer profitiert von der WM?

Diesen Sommer findet die erste Fussballweltmeisterschaft auf afrikanischem Boden in Südafrika statt. Die WM ist für das Land eine grosse Chance. Es will sich der Welt in bestem Licht präsentieren. Die Investitionen sind für ein Land wie Südafrika gewaltig: Über 33 Milliarden Rand (4,5 Mia. Franken) werden rund um die WM investiert. Leider sieht die grosse Mehrheit der SüdafrikanerInnen aber nichts davon. Während sich beispielsweise die Gewinne der Baubranche seit 2004 verfünffacht (sic!) haben, reichen die Lohnerhöhungen der Bauarbeiter gerade mal, um die Teuerung auszugleichen.

Speziell für die WM werden in Südafrika fünf neue Stadien gebaut, fünf werden renoviert. Dazu kommt eine ganze Reihe von Bauten wie Einkaufszentren für die Touristinnen und Touristen. Das hat teilweise dramatische Folgen: So werden im ganzen Land 20000 Menschen aus ihren Wellblechhützensiedlungen vertrieben und diese werden platt gewalzt. Ersatzwohnungen gibt es keine – oder nur zu für die Betroffenen unerschwinglichen Preisen.



Schattenseiten eines Fussballfests: 20000 Menschen aus ihren Wellblechhützensiedlungen vertrieben.

«For the Game. For the World»

Mit der Fussballweltmeisterschaft trägt der Veranstalter, die FIFA, auch eine grosse Verantwortung. 2007 hat die FIFA einen neuen Slogan präsentiert, der diese Verantwortung abbilden soll: «For the Game. For the World». Leider ist davon in Südafrika wenig zu sehen. Und offensichtlich ist sich die FIFA bewusst, dass ihr Selbstbild und die Realität in Südafrika

nicht ganz zusammenpassen. So versuchte sie, den akkreditierten JournalistInnen zu verbieten, negativ über die WM oder die FIFA zu berichten.

Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH – das Hilfswerk der SP und der Gewerkschaften – hat deshalb jetzt eine Petition an Sepp Blatter und die FIFA lanciert.

Die Forderung: Die FIFA muss von Ländern und Städten, die

Gastgeber einer WM sein wollen, die Einhaltung der Menschenrechte verlangen. Lizenznehmer, Sponsoren und Baukonsortien müssen vertraglich verpflichtet werden, existenzsichernde Löhne zu zahlen und die Einhaltung von grundlegenden Arbeitsrechten zu überwachen. Das heisst konkret:

- Faire Arbeitsbedingungen für die BauarbeiterInnen und Beschäftigten
- Armenviertel dürfen nicht niedergerissen werden
- Keine Maulkorb-Verträge für Journalistinnen und Journalisten.

Die Petition kannst du ab sofort unter www.anstoss-südafrika.ch unterschreiben.

PUBLIC VIEWING

Die WM soll auch in der Schweiz ein Fest für alle sein – es ist aber wichtig, dass dabei die Realität in Südafrika nicht vergessen geht. Deshalb möchte das SAH zusammen mit SP-Sektionen ein spezielles Projekt durchführen: Organisiere in deiner Sektion ein Solidaritäts-Public-Viewing in Zusammenarbeit mit dem SAH. Du und deine SP-Sektion entscheidet euch für

ein WM-Spiel und organisiert den Raum und die Technik. Das SAH wird die Veranstaltung mit Informationen und einem Kurzfilm rund um Südafrika begleiten.

Interessiert? Dann füllt am besten noch heute das Formular unter www.sah.ch/publicviewing aus oder besucht unsere Facebook-Gruppe.



cedric.wermuth@sah.ch
JUSO-Präsident, Vizepräsident der SP Schweiz und Mitarbeiter des SAH.
Redaktionelle Mitarbeit: Christian Engeli.

27. März, 10.30 Uhr
Frauenkoordination KoFa
in Bern

28. Mai
Koordinationskonferenz der
SP Schweiz in Frauenfeld



29. Mai
Delegiertenversammlung der SP
Schweiz im Casino Frauenfeld

28. August, 11.30 Uhr
Frauenkoordination KoFa

23./24. Oktober
Ordentlicher Parteitag
der SP Schweiz
(Ort noch offen)

IMPRESSUM

Herausgeber
SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34,
3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70
Erscheint 9 Mal pro Jahr

Auflage 43310 (Wemf)

Abonnementspreise
Für Mitglieder der SP Schweiz gratis

Adressänderungen/Abos
linksabo@spschweiz.ch

Redaktion
Stefan Krattiger (Chefredaktion), Barbara
Berger (SP-Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kan-
ton Solothurn), Dieter Wüthrich (SP Basel-
Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Daniel
Furter (SP Kanton Bern), Katharina Kerr
(SP Kanton Aargau), Pascal Ludin (SP Kanton
Luzern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion
stefan.krattiger@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept
muellerluetolf.ch

Produktion
Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck
Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen
Kretz AG, Zürichsee Zeitschriftenverlag, See-
strasse 86, 8712 Stäfa
Telefon 044 928 35 60, Fax 044 928 56 00
sandra.verardo@kretzag.ch, www.kretzag.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.3.
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 3.5.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Wirtschaftskrise überwunden?

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist entgegen gewissen Meinungen noch (lange) nicht ausgestanden. In diesen Seminaren können noch Wissenslücken geschlossen und Fragen an ExpertInnen gestellt werden.

D2.1.1008 Weltwirtschaftskrise und Finanzkapitalismus

Inhalt: Ursachen und Folgen der Krise, Rolle der Banken und der Börse, Regulierungsmöglichkeiten, gewerkschaftliche Forderungen
Mittwoch, 14.4.2010 in Olten
Referenten: Hans Baumann (Unia), Oliver Fahrni (Leiter des Thinktanks Cargo 3)

D2.1.2007 Wirtschaftslage und Arbeitsmarkt

Inhalt: Aktuelle Wirtschaftslage und Arbeitsmarktsituation, Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit
Freitag, 23.4.2010 in Bern
ReferentInnen: Serge Gaillard (Seco), Barbara Zahrli (Movendo)

D2.1.1006 Das Diktat der Börse

Inhalt: Zusammenhang von Börsen und Finanzmärkten mit der Realwirtschaft und Arbeitsplätzen
Mittwoch, 23.6.2010 in Zürich
ReferentInnen: Daniel Lampart (SGB), Barbara Zahrli (Movendo)

Die Kosten werden für Gewerkschaftsmitglieder meistens von ihren Gewerkschaften getragen. Mit Ihrer Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren Sie unverzüglich.
SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– pro Tag statt Fr. 390.–. Weiter kann bei Monika Bolliger (SP Schweiz, Tel. 031 329 69 91) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

Anmeldung:
online www.movendo.ch
Mail info@movendo.ch,
Tel. 031 370 00 70, Fax 031 370 00 71



Stefanie Boulila
Co-Präsidentin der
Fachkommission Sexuelle
Orientierung und Identität

«Mein Gehörper kört mir!»

... stammelt die kleine Konkordanz und klammert sich an die Hand ihrer Mutter. Auf dem Bundesplatz wird das Abstimmungsresultat verlesen. Die Sprechchöre überhallen den Entscheid. Wie früher – denkt sich Helvetia und bahnt sich durch die Venuszeichen. Wut und Ohnmacht machen sich breit. Doch Demokratie ist eben Demokratie und der Souverän hat entschieden. Diesmal hat er sich vom Spardruck im Gesundheitsbereich verleiten lassen – nicht von Neo-Konservatismus.

Auf dem Rütli feiert das Alpenpatriarchat den Sieg der Volksinitiative. Unter dem Motto «Jedem Baby ein glückliches Leben» zeigt PRO LIFE den wirtschaftlichen Nutzen ihres letzten Coups auf: Entlastung des obligatorischen Leistungskatalogs, Stärkung der Eigenverantwortung und der positive Beitrag zur Senkung der Krankenkassenprämien. Nationalrat Föhn weist zum Schluss noch darauf hin, dass die Möglichkeit einer Abtreibung durch die Annahme der Volksinitiative nicht in Frage gestellt wurde. Unter tosendem Applaus folgt dann sein Versprechen, dass er sich auch weiterhin gegen sämtliche widernatürlichen Leistungen wie Verhütungsmittel und Geschlechtsumwandlungen wehren werde – und mit diesen Worten besteigt er den Super Puma, der ihn an seine Heiligsprechung in Rom fliegen wird.

Helvetia, noch immer auf dem Bundesplatz, sieht den Feministinnen beim Aufbauen der Barrikaden zu – alte Mittel für neue Probleme, murmelt Helvetia und reicht ihnen ein Streichholz. Aus sicherer Entfernung beobachtet der Bundesrat das Geschehen auf dem Platz – man ist besorgt und prüft Lösungsansätze. Armeechef Blattmann breitet eine Karte zur strategischen Landesverteidigung aus. Er freut sich, dass die «beste Armee der Welt» nun endlich zum Einsatz kommt. Die Mannsweiber auf dem Platz sollten kein Problem sein, viel schwieriger gestalte sich die geistige Landesverteidigung – es müssen Anreize fürs Frausein geschaffen werden. Helvetia trägt die inzwischen eingeschlafene Konkordanz durch die Wandelhalle. Aus dem Ratssaal hört sie, wie die Idee eines, durch die Privatwirtschaft gesponserten, Mutterordens diskutiert wird. Sie zückt die Spraydose und wittert die Welt des Widerstands.



JEDES VIERTE BABY SCHREIT NICHT VORHER, SONDERN NACHHER.

Verschmutztes Trinkwasser macht Kleinkindern nicht nur Bauchweh, sondern ist eine der häufigsten Todesursachen. Jeden Tag sterben 4000 Kinder an Cholera und anderen Durchfallerkrankungen. Helvetas baut sichere Brunnen und stoppt die Wassernot. Helfen Sie mit.



PC 80-3130-4 www.helvetas.ch



HELVETAS
Handeln für eine bessere Welt



**STOPPT DEN UNFAIREN HANDEL:
RECHTAUFNAHRUNG.CH**

Auf dem Weltmarkt werden Nahrungsmittel wie Spielchips herumgeschoben. Profitgierige Spekulanten verschärfen mit ihren Geschäften das Hungerproblem. Helfen Sie, den unfairen Handel zu stoppen. www.rechtaufnahrung.ch



**BROT FÜR ALLE
FASTENOPFER**
In Zusammenarbeit mit Partner sein